

**Nicht nur in Zeiten wie diesen müssen  
starke Schultern mehr tragen als schwache:  
JA zu mehr Gerechtigkeit! JA zur  
Solidaritätsanleihe!**

ein Thesenpapier der Jusos Gießen

Jennifer Becke\*

April 2009



---

\*Sprecherin der Jusos Gießen

## 1 Für die Solidaritätsanleihe



Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Diese Tatsache ist, wie der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus Mai 2008 zeigt, längst auch in einem eigentlich wohlhabenden Land wie Deutschland Realität. Das heißt, dass die Ungleichverteilung von Einkommen in der BRD stetig zunimmt, also auf der einen Seite die Einkünfte der Reichen wachsen, während auf der anderen Seite die Einkünfte der Armen sinken und das Risiko in die Armut<sup>1</sup> abzurutschen wächst. 13% der Menschen in Deutschland gelten als arm und weitere 13% werden nur durch sozialstaatliche Leistungen vor der Armut bewahrt. Dazu kommt, dass mehr als ein Drittel aller Beschäftigten im Armutsrisikobereich leben.

Anstatt sich jedoch mit der Auflösung dieser Problematik beschäftigen zu können, muss sich nicht nur Deutschland seit 2007 mit der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise der Nachkriegsgeschichte auseinandersetzen. Die Krise führt dazu, dass noch mehr Menschen ihren Job verlieren und/oder in der ständigen Angst leben am nächsten Tag arbeitslos zu sein. Eine erste ‚Lösung‘ der Finanzkrise sah bisher hauptsächlich milliardenschwere Rettungspakete für Banken vor. Daneben proklamieren Wirtschaftsliberale und Christkonservative die Senkung der Einkommenssteuer als Instrument die Krise abzufedern. Jedoch entlastet diese Maßnahme in erster Linie die obere Einkommensschicht. Denn von einer Senkung der Einkommenssteuer profitieren nur diejenigen, die überhaupt ein Einkommen haben und je höher dieses Einkommen, desto größer fällt die tatsächliche Einsparung aus. Das heißt, der Staat verzichtet auf Finanzmittel, die er in Sozialleistungen und Allgemeingüter wie Bildung investieren könnte. Eine Senkung der Einkommenssteuer bedeutet also eine Entlastung oberer Einkommensschichten auf Kosten des Sozialstaates.

Dies ist weder für sich selbst gesehen gerecht, noch bezieht es den sowieso schon bedrückenden Arm-Reich-Gegensatz mit ein. Wer den Anspruch hat, dass eine Gesellschaft humanistisch und sozial gerecht ist, für den liegt auf der Hand, dass nicht nur in Zeiten wie diesen starke Schultern mehr tragen müssen als Schwache! Und genau an diesem Punkt greift die **Solidaritätsanleihe**. Sie sorgt dafür, dass diejenigen, die für die Krise mitverantwortlich sind und über hohe Einkommen und Vermögen verfügen, sich an den Lasten der Krise beteiligen. Die Solidaritätsanleihe nimmt Spitzenverdiener in die Pflicht, dem Staat einen minimalen Anteil ihres Vermögens zu leihen, von dem dann Schulen und Straßen gebaut und Un-



<sup>1</sup>Die Europäische Union definiert Armut wie folgt: Arm ist demnach, wer als Alleinlebender weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient. In Deutschland sind das 781 Euro netto.

ternehmen wie der Rüsselsheimer Autobauer Opel unterstützt werden sollen. Anders als Geringverdiener würden Bezieher von Spitzeneinkommen mit erheblichen Spareinlagen faktisch auch nicht von dieser Anleihe tangiert werden, da sie sowohl ihren Lebensunterhalt als auch Luxusausgaben von dem vorhandenen Vermögen bestreiten könnten.

In Zahlen bedeutet das, dass Wohlhabende mit einem Geld- und Immobilienvermögen von mehr als 750.000 Euro dazu verpflichtet werden, dem Staat zwei Prozent ihres Vermögens für 15 Jahre zu leihen. Verzinst werden soll dies mit dem Zinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) von maximal 2,5 Prozent. Für den Staat würde das Mehreinnahmen von 100 Milliarden Euro bedeuten, die von den Kommunen und Bundesländern mehrere Jahre lang in Bildungs-, Umwelt-, Energie- und Infrastrukturmaßnahmen investiert werden könnten. Zudem wäre diese staatliche Anleihe auch ein schnellwirksames Instrument um zusätzliches Geld für die Bewältigung der Wirtschaftskrise zu mobilisieren und einen Arbeitsplatzabbau in Unternehmen wie Opel zu verhindern.

Damit könnte also auf der einen Seite die Wirtschaftskrise abgefedert werden und Arbeitnehmer, Familien und Kinder müssten nicht die Auswirkungen der Krise tragen, und auf der anderen Seite entspräche dies dem Anspruch von mehr sozialer Gerechtigkeit, da eine Umverteilung vorgenommen würde. Denn nur Besitzer großer Einkommen und Vermögen wären von der Solidaritätsabgabe betroffen.